

## MICHAEL DIEKMANN

### **Der demografische Wandel – Jetzt gemeinsam handeln und die Zukunft gestalten**

#### **Begrüßungsrede auf dem Berliner Demografie Forum**

am 12. Januar 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Gäste,

Ich heiße Sie herzlich zum ersten Berliner Demografie Forum willkommen. Wir sind sehr froh, dass es gelungen ist, maßgebliche Vertreter aus unterschiedlichen Bereichen als Veranstalter zusammenzubringen: Nämlich

- Die Politik, namentlich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter der Führung von Frau Bundesminister Dr. Schröder,
- die praxisorientierte Wissenschaft mit der European School of Management and Technology und seinen Präsidenten, Herrn Professor Rocholl, und
- die Allianz als Stimme der Wirtschaft.

Lassen Sie mich gleich zum Thema kommen.

Anfang Januar veröffentlichte Herr Gerd Bosbach in der Süddeutschen einen Artikel mit der Überschrift: ‚Warum wir positiv in die Zukunft blicken können‘ und geißelte den Umgang mit demografischen Horrorszenarien als Angstmache.

Ich möchte gleich am Anfang dieses Forums bekennen, dass ich diese positive Sichtweise nicht teile. Vielmehr erinnert mich der Umgang mit der demografischen Herausforderung in mancher Weise auch an den Umgang mit der Schuldenkrise. Es gibt eine schleichende Entwicklung, die eigentlich schon lange bekannt ist, aber nie

wirklich konsequent angegangen wird. Stattdessen operiert man mit Hoffnungen auf weit in die Zukunft verlagerte Lösungen.

Im Fall der schleichenden Verschuldung ruhen die Hoffnungen auf zukünftigem Wachstum. Und was soll der schleichenden Vergreisung unserer Gesellschaft entgegengesetzt werden? Die Hoffnung lautet: Kinderkrippen, Migration und Produktivitätszuwächse.

In der Zwischenzeit wird an vielen wichtigen Themen gearbeitet, doch es kommt kein belastbares Konzept auf den Tisch, wie die Herausforderung wirklich gelöst werden kann.

Unser Thema für die nächsten Tage sind die Bausteine eines solchen Konzepts. Wir werden viele Vorträge und Debattenbeiträge hören, die sich aus ganz unterschiedlicher Perspektive mit der Vergreisung unserer Gesellschaft auseinandersetzen.

Letztlich geht es bei einem demografischen Stresstest aber immer nur um wenige Grundsatzfragen.

- Wie groß ist die Herausforderung?
- Adressieren die bestehenden Programme das eigentliche Problem?
- Falls das vorhandene Instrumentarium nicht ausreicht – was dann?

Die Herausforderung ist jedenfalls gewaltig. Mit Ausnahme Irlands werden überall in Europa zu wenig Kinder geboren und Deutschland gehört zu den am stärksten betroffenen Staaten. Denn wir haben seit Jahrzehnten eine der niedrigsten Geburtenraten in der Europäischen Union.

Die Geburtenrate liegt seit 30 Jahren bei etwa 1,4 und damit etwa 35 Prozent unter dem Niveau, das erforderlich wäre, um die Bevölkerungszahl langfristig konstant zu halten. Bleiben die Geburtenraten und die Anzahl der Zuwanderer so, wie sie sich

zur Zeit darstellen, dann schrumpft Deutschlands Bevölkerung von gegenwärtig 82 Millionen auf 69 Millionen Menschen im Jahr 2050.

Dazu kommt die eigentlich erfreuliche Tatsache, dass der medizinische Fortschritt die Lebenserwartung alle 20 Jahre um vier Jahre ansteigen lässt. Immer mehr Menschen werden 80, 90 oder noch älter.

Das Ergebnis: Deutschland vergreist. Unsere Bevölkerung gehört schon jetzt zu den ältesten der Welt. 17 Millionen Menschen sind älter als 65 Jahre. Der Anteil dieser Altersklasse an der Gesamtbevölkerung wuchs seit 1950 von 10 auf 20 Prozent und wird bis 2030 auf 28 Prozent weiter ansteigen. Das heißt, der Trend beschleunigt sich logischerweise.

Und die Konsequenzen sind zahlreich:

Die gesellschaftliche Alterung lässt die Zahl von Transferempfängern anwachsen und die der Beitragszahler schrumpfen. Diese Entwicklung wird sich auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Sie wird es unter anderem erforderlich machen, dass wir länger arbeiten, später Rente beziehen, uns sozialpolitisch viel weniger als bisher leisten können und stärker privat für Alter und Pflege einspringen müssen.

Damit einhergehend werden Gesundheitskosten und Pflegebedarf in heute unbekannte Dimensionen wachsen.

Einer der Gründe dafür, warum die Pflege zukünftig eine so große Herausforderung ist, und zwar finanziell, wie auch in Bezug auf den Zeitaufwand, ist die Altersdemenz. Altersdemenz wird künftig zu einem Massenproblem. Heute leiden rund 1,2 Millionen Menschen in Deutschland an Demenz. Das sind 1,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Diese werden übrigens bislang überwiegend von Angehörigen zu Hause gepflegt. Bis 2050 dürfte diese Zahl aufgrund der gesellschaftlichen Alterung auf 2,6 Millionen Menschen oder 3,7 Prozent der Bevölkerung ansteigen. Denn die Wahrscheinlichkeit, an Altersdemenz zu erkranken, steigt mit zunehmenden Alter - von 5 Prozent auf über 30 Prozent.

Wer soll für alle diese betagten Menschen aufkommen und sie pflegen? Auf den Staat allein können wir uns nicht verlassen. Er hat seine Finanzierungsgrenzen längst überdehnt. Auch die Spielräume für Steuererhöhungen sind für die Mehrheit der Bevölkerung ausgeschöpft. 1950 verblieben dem Arbeitnehmer in Deutschland gut drei Viertel seines Lohns. In den 70er Jahren waren es knapp zwei Drittel. Heute liegen wir bei 50 Prozent.

Es gibt in unserer Gesellschaft einfach zu viele ungedeckte Schecks, die irgendwann in der Zukunft beglichen werden müssen. Allen voran: ungedeckte staatliche Pensionszusagen. Sie sind Teil eines Systems, das 1935 für Menschen eingeführt wurde, die 45 Jahre arbeiten, mit 65 in den Ruhestand treten und danach noch maximal sieben Jahre leben.

In unserer heutigen Welt beträgt die Arbeitsphase jedoch rund 30 Jahre, die Rente beginnt ungefähr mit 60 Lebensjahren und die Menschen leben oft bis 90.

Herr Professor Raffelhüschen hat die finanziellen Verpflichtungen des Staats und der Sozialversicherungen, für die es keine Rücklage gibt, mit 4,6 Billionen Euro errechnet. Damit würde die wahre Verschuldung der Bundesrepublik nicht 2 Billionen und 80 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen, sondern über 270 Prozent.

Zusätzlich schränkt der geldpolitische Ausnahmezustand als Folge der unbewältigten Bankenkrise zur Zeit leider auch die Möglichkeiten des Kapitalmarkts ein, das Demografieproblem zu entschärfen. Drei Jahre schon leben wir in Deutschland mit rekordtiefen Zinsen. Das erlaubt Sparern im günstigsten Fall Kapitalerhalt nach Inflation.

Auch die Hoffnung, wir könnten das strukturell unterfinanzierte Sozialsystem und den Arbeitsmarkt durch Einwanderung entlasten, ist trügerisch.

Um bis zu 2050 die Anzahl der Bevölkerung im Arbeitsalter stabil zu halten, benötigen wir 490.000 Zuwanderer pro Jahr. Wenn wir die jetzige Balance zwischen arbeitender Bevölkerung und Rentnern aufrecht erhalten wollen, müssten Jahr für Jahr sogar 3,6 Millionen Menschen zu uns kommen. Einwanderungsschübe dieser Dimension und in Permanenz sind schlichtweg unrealistisch.

Stark alternde Gesellschaften wie die deutsche mit hohen, bisher ungedeckten Verpflichtungen in der Zukunft überlegen also fieberhaft, wie sie wieder zu höheren Geburtenraten gelangen.

Auch das ist meines Erachtens unter den gegebenen Umständen unrealistisch. Wenn alles gleich bleibt, wird jungen Familien Unmögliches abverlangt. Sie müssten nämlich gleichzeitig stärker als bisher am Erwerbsleben teilnehmen, länger für die ältere Generation sorgen und selber mehr Kinder haben.

Es ist eine unangenehme Aufgabe der Politik, alle diese unfrohen Botschaften deutlich zu artikulieren und mehr Verständnis für Lösungen zu schaffen, die nachhaltig funktionieren. Das würde auch politisch Dividenden abwerfen. Denn in meiner Wahrnehmung hat der Krisenbogen der letzten Jahre gezeigt: Die Menschen spüren, was die Stunde geschlagen hat. Sie wollen reinen Wein eingeschenkt bekommen, möchten Probleme gelöst und nicht verschoben wissen. Dann sind sie auch bereit, Ehrlichkeit in der Sache politisch zu honorieren.

Ich komme an dieser Stelle gerne auch auf die Rolle der Unternehmen zu sprechen.

Die meisten Unternehmen haben lange erkannt, dass Angebote zur Vereinbarung von Familie und Beruf ein wichtiger Faktor im Wettbewerb sind.

Wir bei der Allianz versuchen mit aller Kraft, Müttern entgegenzukommen und die berufliche Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu gewährleisten.

Wir bieten flexible Arbeitszeiten, Teilzeitmodelle, Sabbaticals und Heimarbeitsplätze mit alternierender Präsenz im Büro oder zu Hause an. Darüber hinaus erproben wir

virtuelle Büros und erleichtern den Wiedereinstieg nach Mutterschafts- oder Vaterschaftspausen und natürlich unterhalten wir auch Betriebskindergärten und Ferienbetreuung, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

Trotzdem ist es wichtig zu betonen, dass bei allem Engagement der Unternehmen und bei allem, was wir zum Beispiel als Allianz für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tun, es bezogen auf die demografische Herausforderung, doch nur flankierende Maßnahmen sein können.

Ich würde daher gern fünf Punkte in die Diskussion einbringen, die für sich genommen alle nicht neu sind, aber meines Erachtens das wirklich entscheidende Thema adressieren:

Wie können wir die junge Generation so entlasten, dass sie atmen kann und die Kraft hat, trotz steigender Anforderungen, Kinder aufzuziehen und über Produktivität soviel Wirtschaftswachstum zu schaffen wie möglich. Denn wenn die nachkommende Generation sich verweigert, weil sie sich den Aufgaben nicht gewachsen fühlt, dann kann Deutschland die demographische Herausforderung nicht bestehen.

Damit komme ich zu meinem 5-Punkte-Katalog.

1. Wir brauchen eine ganz deutliche Ausweitung der **Ganztageschule**.
2. Um die junge Generation auf die vor ihnen liegenden Aufgaben vorzubereiten und die Sozialsysteme zu entlasten, sollten wir anstatt des inzwischen abgeschafften Militärdienstes ein **obligatorisches soziales Jahr** einführen.
3. Alle umlagefinanzierten Sozialsysteme müssen verstärkt in eine **Kapitaldeckung** überführt werden.
4. Wir müssen alles tun, um eine humane Qualität der ambulanten und stationären **Pflegeeinrichtungen** herzustellen. Dazu müssen wir uns sehr ernsthaft

mit den immer lauter werdenden Klagen des Pflegepersonals zu Produktivitätsvorgaben im System auseinander setzen.

5. Und schließlich brauchen wir eine **Immigrationspolitik** mit klaren Zielvorgaben und Zielländern, in denen dann vor Ort zum Beispiel entsprechende Ausbildungsplätze anzubieten sind, um zur Immigration nach Deutschland zu motivieren.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass diese Lösungsansätze nicht neu sind und jeder einzelne auch die Finanzierungsfrage aufwirft. Auch deshalb bin ich sehr gespannt, welche anderen Lösungsbausteine das Berliner Demografie Forum hervorbringen wird und ob es belastbare Konzepte ohne massive Investitionen in die Zukunft denkbar sind.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.